

Krieg spenden

Heckler & Koch soll versucht haben, Exporte durch Zahlungen an Parteien zu ermöglichen



Foto: dpa/Steffen Schmidt

Berlin. Einen besseren Ausgangspunkt für ihren »Staffellauf gegen Rüstungsexporte« hätten die Friedensaktivisten wohl kaum wählen können: Am Pfingstmontag startete im baden-württembergischen Oberndorf am Standort des Waffenherstellers Heckler & Koch der Protestlauf »Frieden Geht!«. Mit der Aktion, die über 1000 Kilometer quer durch Deutschland führt und in Berlin enden soll, wollen die Friedensaktivisten auf die Rolle Deutschlands als einem der führenden Länder beim Rüstungsexport aufmerksam machen und gleichzeitig für ein Ende derartiger Ausfuhren demonstrieren.

Heckler & Koch tut sich dabei in den letzten Jahren nicht nur durch unternehmerische Erfolge in diesem Mord(s)geschäft hervor, sondern gerät auch immer wieder mit (mutmaßlich) illegalen Förderungen des weltweiten Absatzes seiner Produkte in die Schlagzeilen. Seit Kurzem stehen ehemalige Manager des Unternehmens wegen des Verdachts auf illegale Waffenexporte in mexikanische Unruhe-Provinzen vor Gericht.

Bisher nur Manager. Denn zu möglichen Verstrickungen politisch Verantwortlicher – sprich Bestechlichkeit – laufen bisher lediglich Ermittlungen. Und die ziehen sich hin.

So sei laut Aussage der Staatsanwaltschaft Stuttgart vom Dienstag nicht davon auszugehen, dass diese »in absehbarer Zeit« abgeschlossen würden. Der Sprecher der Staatsanwaltschaft betonte zudem, dass es keinerlei Anhaltspunkte für einen Anfangsverdacht gegen politische Verantwortliche in Deutschland gegeben habe. Doch Recherchen unter anderem von Report Mainz erhärten nun den schon lange gehegten Verdacht, dass Heckler & Koch seinen Geschäften mit Mexiko durch Geld auf die Sprünge helfen wollte: mit Parteispenden an CDU und FDP. *mdr*